

Künstlerische Freiheit?

Zu: „Er raucht nur Kräutergigaretten“; FR-Wissen vom 16. November

Nach meinem Eindruck wird in Fernsehfilmen tatsächlich mehr und intensiver geraucht als früher; z.T. in jeder Szene. Und das auch, wenn es dramatisch alles andere als notwendig ist. Wer der Industrie und den Regisseuren glaubt, das werde nicht „subventioniert“, muss schon sehr benebelt sein. Da wird von den (nikotinsüchtigen?) Produzenten wohl eher eine „Querdenker“-Mentalität ausgelebt nach dem Motto: Ich lasse mir in meine künstlerische Freiheit nicht reinreden. Vorbild und Gesundheit hin oder her!

Roland Prinzing, Karben

Blindes Jugendamt

Misshandlung: „Benutzte Windel im Mund“; FR-Regional vom 18. November

Es ist unfassbar, dass das Jugendamt dieses bedauernswerten Kind wieder in die sogenannte „Obhut“ ihres Misshandlers gab, offenbar ohne weitere Maßnahmen zu ergreifen. Wie blind kann man sein? Wie soll sich dies Kind je von solchen schrecklichen Erfahrungen erholen? Ich wünsche ihr, dass sie in eine liebevolle und kompetente Pflegefamilie kommt und bis ins Erwachsenenalter hinein geschützt aufwachsen kann.

Barbara Erben-Wunder, Hamburg

Die höchste Instanz

Nürnberger Prozesse: „Zur Belehrung für die Zukunft“; FR-Feuilleton v. 20.11.

Ich möchte dem Bericht über den amerikanischen Hauptankläger im Nürnberger Prozess noch ein Zitat hinzufügen, das ich 1954/55 in der Trainingschrift „Kriegsdienst und Friedensdienst“ von Nikolaus Koch gefunden habe. Nikolaus Koch hat als erster im deutschen Sprachraum von „Gewaltfreiheit“ gesprochen und uns Jüngere gelehrt, dass in einer Demokratie das Gewissen des Einzelnen die höchste Instanz sei. Er zitiert ein Argument von Robert H. Jackson aus dem Nürnberger Prozess: „Es ist nicht die Aufgabe der Regierung, die Bürger vor Irrtümern zu bewahren, sondern Aufgabe der Bürger, die Regierung vor Irrtümern zu bewahren.“ Dieser Satz hat mein Leben bestimmt und auch viele andere in ihrer demokratischen Haltung bestärkt. Soweit ich sehe, hat dieser Gedanke genauso Unzählige in der Außerparlamentarischen Opposition der 60er- und 70er Jahre inspiriert und bestimmt auch heute die konstruktiv-kritische Haltung der ungeduldigen Jugend.

Konrad Tempel, Ahrensburg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Fforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20201123
Außerdem:
Homeoffice und Wege hinaus
Die hohe Schule der Aerosole
Die „Querdenker“ und das Gesetz
Grüne - wogegen, wofür?
Glauben und Wissen
Wohin steuern die USA?
75 Jahre Frankfurter Rundschau
Die Nibelungentreue der SPD
Eine Übersicht finden Sie hier: frblog.de/aktuell

FR ERLEBEN

Stephan Hebel trägt vor und diskutiert in „Hebels aktueller Stunde“. Nur am Bildschirm. Einwahl über die Konferenzsoftware BigBlueButton: <https://conf.ccc-ffm.de/b/clu-4mt-jrq>
Donnerstag, 3. Dezember, 19 Uhr

Lutz „Bronski“ Büge liest aus seinem neu erschienenen Roman „McWeir – Virenkrieg V“. Anmeldung nötig. Info: ybyersinn.de/2020/09/24/lesung
Donnerstag, 17. Dezember, 19 Uhr
Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstraße 32, Frankfurt

Zum Glück ist es wieder nur die Müllabfuhr

Kramp-Karrenbauer: „Europa braucht die USA“, FR-Politik v. 18.11., und „Anlass für höchste Wachsamkeit“, FR -Forum v. 16.11.

Rüstungsgüter kann man nie genug haben

Liebe Frau Kramp-Karrenbauer, Sie sprechen mir aus dem Herzen. Auch ich schrecke manchmal nachts hoch, was war das für ein Geräusch – Kanonendonner, Panzerketten? Ist der Russe schon da? Nein, zum Glück wieder nur die Müllabfuhr.

Sie sagen mit Recht, es ist doch wirklich nicht zu viel verlangt, eine Woche (zwei Prozent) des Jahres für die Bundeswehr und unsere amerikanischen Beschützer zu arbeiten. Das Geld ist gut angelegt, Rüstungsgüter kann man nie genug haben! Und dann all die interessanten Arbeitsplätze in der Waffenindustrie! Aber – mal ehrlich – reicht das denn wirklich aus? Wir, also die Nato, geben doch nur über 15-mal so viel aus wie der Ivan (siehe Sipri 2019). Ich würde gern genauso viel in „Sicherheit, Stabilität und Wohlstand“, wie Sie es sagen, investieren, wie in meinen Urlaub. Mein Vorschlag: drei Wochen Malle – drei Wochen schufteten für die Waffenlobby. Wer ist dabei?

Harald Klausmann, Groß Gerau

Kampfdrohnen bieten keinen Schutz

Ministerin Kramp-Karrenbauers Plädoyer für Kampfdrohnen ausgerechnet in Kundus wirkte fatal geschichtsvorgeschrieben. Am 4.9.2009 meldete der deutsche Oberst Klein bei Kundus „Truppen mit Feindberührung“, obwohl keine akute Gefahr bestand. Klein befürchtete nur einen späteren Anschlag auf deutsche Stellungen mit Hilfe eines Tanklasters, der in die Hände der Taliban gefallen war. Für solche Fälle sollen Kampfdrohnen gut sein.

Klein erreichte eine Bombardierung. Nach den Feststellungen der Generalbundesanwaltschaft vom 16.4.2010 untersagte er warnende Tiefflüge der Bom-

ber, weil er Talibanführer töten wollte. Über 100 Zivilisten, auch Kinder, starben. Die US-Bombenpiloten, denen Klein die präventiven Warnflüge verboten hatte, wurden bestraft, weil die Bombardierung gegen die Einsatzregel des ISAF-Kommandeurs McChrystal verstoßen hatte, dem Schutz der Zivilisten Vorrang zu geben. Klein blieb unbestraft und wurde befördert.

Am 18.2.2011 starben drei deutsche Soldaten in Afghanistan beim Reinigen eines Panzers, durchsiebt vom Maschinengewehrfeuer eines Taliban, der sich als Soldat verkleidet im Rahmen einer Partnerschaftsübung eingeschlichen hatte. Eines der Opfer war der Stabsgefreite Konstantin Menz aus Backnang. Nach Aussage seiner Großmutter hatte er versucht, afghanisch zu lernen, weil er sich, entsprechend der Regierungspropaganda, als Entwicklungshelfer verstand. In seinem Sterben musste er erfahren, dass er Soldat in einem Angriffskrieg war.

Die drei Erschossenen waren durch Kampfdrohnen nicht zu schützen. Im Gegenteil: Bombardierungen wie die von Oberst Klein angeordnete haben sie gefährdet. Das Töten von Talibanführern und noch mehr das von Zivilisten hat in Afghanistan neue Terroristen motiviert. Kampfdrohnen zum angeblichen Schutz deutscher Soldaten in ausländischen US-Angriffskriegen wirken überall so. Eine Vorsitzende einer Partei, die sich christlich nennt, sollte sich erinnern an die Warnung Jesu: „Wer zum Schwert greift, wird durch das Schwert umkommen“ (Mt 26,52). Friedrich Gehring, Backnang

Auskömmliches Verhältnis zu Russland

Es ist sicherlich richtig, wie Bernhard Trautvetter in seinem Leserbrief den seinerzeitigen US-Außenminister James Baker zur militärischen Nichtpräsenz

der Nato in östlicher Richtung unter Bezug auf eine Rede des Bundesaußenministers Hans Dietrich Genscher wiedergibt, was das sowjetische Einverständnis erleichterte, dass ganz Deutschland Nato-Mitglied werden konnte.

Im konkreten 2+4-Vertrag über den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik ging es indes nur um den künftigen Status des DDR-Gebietes. Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen konnten laut Vertrag der Nato zugewiesene deutsche, jedoch keine ausländischen Kräfte und auch keine Nuklearwaffen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR stationiert werden.

Aus heutiger Sicht glauben viele, es sei doch klar, dass der Warschauer Pakt nach dem Beitritt der DDR nicht zu halten gewesen sei. Dass sich der Pakt neun Monate nach dem Beitritt der DDR auflösen würde, nahm damals jedoch noch nicht einmal Michail Gorbatschow an. Er ging davon aus, der Warschauer Pakt könne reformiert werden und anstelle des vorherigen ideologischen Kitts durch die staatlichen Interessen seiner Mitglieder am Leben gehalten werden.

Insofern kann man lediglich sagen, wenn man sich den Sinn des 2+4-Vertrages vor Augen hält, ist es natürlich nicht schlüssig, wie sich die Nato um das Gebiet der ehemaligen DDR herum nach Osten erweitert hat. Auf einer Veranstaltung der Gesellschaft für Sicherheitspolitik in Koblenz brachte ein Referent aus dem Spektrum der Bundeswehr aber noch einen anderen Aspekt ein, warum die Nato-Osterweiterung kritisch zu sehen ist. Sie entbindet die Nachbarstaaten wie Polen von der Notwendigkeit, sich um ein auskömmliches Verhältnis mit Russland zu bemühen.

Siegfried Kowallek, Neuwied

Diskussion: frblog.de/nato

Fehlender Respekt vor dem Recht Anderer

„Querdenken“-Demo: „Zugriff und Übergriff“, FR-Titel v. 16.11., und zu „Sind diese Leute wirklich Querdenker?“, Forum v. 18.11.

Ich musste wirklich erst einmal tief durchatmen. Die Leserbrief haben mir aber deutlich gemacht, wie wichtig in der heutigen Zeit ausgleichende Meinungsäußerungen sind. Meine erste Reaktion auf den Artikel war nämlich, dass ich nicht gedacht hätte, es erleben zu müssen, in einer sich selbst als liberal verstehenden Zeitung quasi Aufrufe zur Eindampfung des Demonstrationsrecht auf der Titelseite (!) zu lesen. Alle, die jetzt meinen, sich immer mehr über Querdenken-Demonstrationen aufmandeln zu müssen, sollten von ihren Bäumen herunterkommen. Es wundert schon, wenn Demonstrationen der „Vernünftigen“ gegen Demonstrationen der „Unvernünftigen“ gestellt werden. Wenn solche Überlegungen Raum greifen, sind die Freiheitsrechte schnell dahin, denn wer hat dafür die Definitionsmacht?

Sie schreiben selbst, die Demonstrationenfreiheit ist ein hohes Gut, so dass alle demonstrieren dürfen, solange es nicht gegen die Verfassung verstößt. Ob es „offensichtlich falsch und gesundheitsgefährdend“ ist, wie Sie schreiben, wenn in einer Demonstration nicht alle eine Maske tragen, ist ja gerade das, worum gestritten wird. Die Maskenpflicht mag man dem Grunde nach beurteilen, wie man will, dass eine Maske an der frischen Luft sinnstiftend ist, darf man hinterfragen. Solange man einen Demonstrationszug nicht permanent anhält, gehen Menschen bei Demonstrationen eigentlich immer in diesen Abständen. Dieses permanente Insinuieren, dass dort Menschen auf Kosten des Lebens Anderer ihre Freiheitsrechte ausüben, ist zum einen selbstgerecht, da Sie ja anscheinend zu wissen glau-

ben, was richtig ist, zum anderen aufputschend. Und nein, es ist keine anerkanntswerte Leistung, einen Demonstrationszug durch Gegendemonstrationen zum Erliegen zu bringen, sondern schnöde der fehlende Respekt vor dem Recht anderer.

Ob eine Konzentration auf Infektionszahlen richtig für die Bewältigung der Pandemie ist, bleibt auch unter Wissenschaftlern umstritten. Dass die derzeitige Entwicklung der Belegung von Intensivbetten und die Sterbezahlen eine so weitreichende Einschränkung nicht mehr rechtfertigen, ist eine akzeptable Ansicht, keine leichtfertige, Tote in Kauf nehmende Auffassung. Was derzeit an Maßnahmen passiert, sind politische Entscheidungen, die man hinterfragen darf und muss.

Kornelia Kania, Barsinghausen

Diskussion: frblog.de/coronakritiker